Nr. 121 1. Ausgabe Sonntag, 5. Mai 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 6 97, Expedition Nr. 13 6 36, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Tabellen- oder Kunstsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Annahme und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Tabellen an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,40 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,32 „ „ 6,96 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Rote Garde zwischen Lahti und Tavastehus umzingelt

Der Regierungswechsel in der Ukraine — Wieder 20000 Tonnen versenkt — Der russische Einspruch gegen die Landung der Japaner in Wladiwostok — Der österreichische Reichsrat vertagt

Die Umwälzung in Kijew

Allmählich treten die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen in der Ukraine abgespielt haben, in klareren Umrissen hervor. Es gewinnt den Anschein, als könnten wir mit den Umwälzungen zufrieden sein, denn nach den vorliegenden Nachrichten und der, wie offiziös mitgeteilt wird, an unterrichteten Stellen herrschenden Auffassung haben wir von der neuen Regierung die Herstellung geordneter Verhältnisse und erhöhtes Verständnis für den zu erstrebenden Austausch zu erwarten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vorräte, die wir brauchen, vorhanden sind und daß es, abgesehen von noch zu überwindenden Schwierigkeiten, die in den Geldverhältnissen liegen, nur darauf ankommt, daß wir die Heranschaffung der Vorräte von uns aus organisieren. Amtliche Nachrichten zeigen, daß in dieser Beziehung die Dinge in erfreulicher Vorwärtsbewegung sind. Es scheint, daß vor allem

die Unzufriedenheit mit der früheren Rada

die Entwicklung der Dinge in der Ukraine beschleunigt hat:

* Wien, 3. Mai. **Die Blätter erfahren von unterrichteter ukrainischer Seite, daß es sich bei den Vorgängen in Kijew nicht um eine Bewegung gegen die Mittelmächte handle, sondern vielmehr gegen die bestehende Regierung, mit der alle Parteien unzufrieden waren. Diese Bewegung entsprang dem Streite wegen der Agrarreform. Nach Privatnachrichten habe General Skorpadski eine Regierung aus allen Parteilagern gegründet. Die Rada werde nicht mehr eröffnet werden, sondern man plane nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung Vorbereitungen zur Schaffung eines Parlaments, das die Verfassung beschließen soll.**

Aus Kijew wird vom Wolffbureau eine Reihe von Einzelheiten gemeldet, die über die

Vorgeschichte des Regierungssturzes

Aufschluß geben. Danach fanden in Kijew am 29. April Versammlungen von mehreren tausend Bauern aus der ganzen Ukraine statt, in denen in mehr oder weniger scharfer Form Unzufriedenheit mit der Gesamtpolitik der bisherigen Regierung zum Ausdruck kam. In der wichtigsten dieser Versammlungen wurde der Sturz der Regierung, die Schließung der Zentralrada, die Absage der auf den 12. Mai einberufenen konstituierenden Versammlung und die Abkehr von der Landsozialisierung beschlossen und General Skorpadski, Abkömmling der alten Hetmans der Kosakenrepublik, zum Hetman proklamiert. Dieser durchfuhr sofort, vom Volke mit begeistertem Zuruf begrüßt, die Straßen Kijews und begab sich auf den Platz vor der berühmten Sophienkathedrale, woselbst er durch die Priesterschaft in großem Ornat unter freiem Himmel die Weihe empfing. Die Rada, deren Zugänge von Truppen der Regierung anfänglich schwach verteidigt wurden, trat weiter, fügte sich aber, als diese Truppen auf Zureden zwecks Vermeidung von Blutvergießen abgezogen waren, dem Schicksal. Die Umwälzung vollzog sich, abgesehen von einigen kleineren hier auch sonst üblichen Schießereien, die einige wenige Opfer forderten, äußerlich völlig ruhig. Die Straßen zeigten das gewohnte Bild, der Verkehr war lebhaft wie immer, ohne daß Zusammenrottungen stattfanden. Auch der 1. Mai ist in Kijew und im ganzen Lande ruhig verlaufen, wenn auch in Kreisen der Rada die Erregung noch anhält über die am 28. April erfolgte Verhaftung mehrerer Mitglieder der früheren Regierung wegen Verdachts der Mitschuld an der Entführung eines Bankdirektors. Natürlich stand das mit dem inneren Umschwung der Ukraine in keinem ursächlichen Zusammenhang.

*

Die Ministerverhaftungen

(Privattelegramm)

+ Berlin, 4. Mai

Ueber die Ministerverhaftungen in Kijew erfährt die „B. Z. am Mittag": In etwas dramatischer Weise, aber ohne jeden Unfall wurden am 28. April nachmittags gegen 4 Uhr von den deutschen Behörden drei Minister verhaftet. Der Vorfall hat in der Stadt keinerlei außergewöhnliche Bewegung hervorgerufen. Die Vorgeschichte des Ereignisses beginnt bei der Widersetzlichkeit der Rada und der Regierung gegen den deutschen Militärbefehl an die Bauern, die Frühjahrsbestellung der Felder in Angriff zu nehmen. Es war dies eine bewußt herausfordernde Haltung, die noch verschärft wurde durch sehr ungebührliche Reden. Man ging auf deutscher Seite darüber hinweg. In den letzten Tagen hat sich nun ein sehr unliebsamer, bis zur Stunde ungeklärter Vorfall abgespielt, der ein ungünstiges Licht auf die öffentliche Sicherheit der Stadt wirft und in weiterer Folge zu dem heutigen Eingreifen der deutschen Behörden führte.

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag verschwand aus einer Villa der Zuckerfabrikant, Millionär und Direktor der „Russischen Bank für auswärtigen Handel", Herr Dobrn. Er wurde im Automobil von einem ukrainischen Offizier und mehreren Militärpersonen fortgeschleppt, die im Namen eines angeblichen „Bundes zur Befreiung der Ukraine" einen raschen, behördlichen Verhaftungsbefehl vorzeigten. Die ukrainische Regierung bemerkt, durchaus unbeteiligt an dem Vorgang zu sein. Es besteht der dringende Verdacht, daß die Verschleppung ein Versuch der Einschüchterung aller ist, die beim Aufbau des ukrainischen Staates nicht mit den Sozialrevolutionären der Rada und der Regierung, sondern mit den Deutschen Hand in Hand gehen wollen. Der Sonntag sah in den Mauern der Stadt eine oppositionelle Bauernversammlung. Die Bauernopposition richtete sich nicht etwa gegen die Deutschen, sondern gegen Rada und Regierung.

„Ein Offizier und zehn Mann" haben den Fall durch die Verhaftung der Minister so gut wie erledigt. Bei der Durchführung der Verhaftung mußten die deutschen Organe auch der Rada einen Besuch abstatten, was von dieser natürlich unliebsam empfunden wurde. Niemandem aber geschah ein Leid. Infolge eines Mißverständnisses wurde im später Abendstunde auch Ministerpräsident Holubowitsch, als er im Automobil nach seiner in der Shitomirstraße gelegenen Villa fuhr, vorübergehend festgenommen. An dieser Straße war nämlich zur Vereitelung der Flucht der Beschuldigten nach Shitomir eine Automobilkontrolle eingeführt worden. Holubowitsch, der keine Ausweispapiere bei sich hatte, wurde nach der Kommandantur gebracht, dort aber alsbald freigelassen. Die deutschen Behörden entschuldigten sich wegen des Zwischenfalles.

*

Einsprüche der Krimregierung

* Wien, 4. Mai

Der Präsident des Rates der Volkskommissare in der Krim sandte an die ukrainische Regierung sowie an die Regierungen in Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia ein Funkentelegramm, worin er feststellt, daß nach dem Brester Vertrage die Schwarz-Meer-Flotte Eigentum der russischen Republik sei. Nach demselben Vertrage gehört die Krim ebenfalls nicht zur ukrainischen Republik. Das Telegramm schlägt die Schaffung einer aus russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Vertretern gebildeten Kommission zur Regelung der Handels- und der Schiffahrtsverhältnisse im Schwarzen Meer vor.

Tschitscherin fordert die Abberufung Noulens

× Berlin, 4. Mai

Wie jetzt bekanntgewordene russische Funksprüche zeigen, hat die Landung japanischer Truppen in Wladiwostok zu einer ernsten Verstimmung zwischen der russischen und der französischen Regierung geführt. Der französische Botschafter Noulens gab aus diesem Anlaß ein in der „Moskauer Zeitung" vom 23. April veröffentlichtes Communiqué aus, das im wesentlichen folgenden Inhalt hatte: Die Landung japanischer Truppen in Wladiwostok ist eine Folge des besorgniserregenden Zustandes der Unruhen in dieser Stadt. Die Verbündeten können sich zu dem Vorgehen der Oesterreicher und Deutschen nicht gleichgültig verhalten. Die deutschen Staaten streben danach, sich Rußland in wirtschaftlicher Beziehung zu unterwerfen, insbesondere mittels ihrer Gefangenen in Sibirien Kolonisationsmittelpunkte zu schaffen. Die Verbündeten können sich gezwungen sehen, sich einzumischen, um auf diese Drohung zu antworten.

Diese Erklärung hat bei der Sowjetregierung erheblichen Unwillen ausgelöst. Wir entnehmen dem Protest des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin folgendes: „Ich bezweifle nicht, daß die französische Regierung sich die verderblichen Folgen klarmachen wird, die unfehlbar für die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich sein werden. Wie schwierig auch Rußlands Lage sein mag, so kann doch weder das russische Volk noch die Regierung der Sowjets in irgendeiner Form zulassen, daß die offiziellen Vertreter der Alliierten sich mit solchem Zynismus, wenn auch unter dem Deckmantel diplomatischer Redensarten, in die inneren Angelegenheiten Rußlands mischen unter der Androhung, sich Landesteile mit Gewalt zu nehmen. Was mich vor allem an den Erklärungen Noulens in Erstaunen setzt, ist seine völlige Unkenntnis der Tatsachen, von denen er spricht. Amerikanische Offiziere, die aus Sibirien kamen, haben sich an Ort und Stelle davon überzeugt, daß die in Sibirien internierten deutschen Gefangenen in keiner Weise die Interessen der Verbündeten bedrohen. Noulens behauptet mit der Geste der Selbstverständlichkeit, daß in Wladiwostok Anarchie herrsche. Nicht Anarchie herrscht in Wladiwostok, sondern die Regierung der Sowjets, die Diktatur der arbeitenden Klassen, die selbstverständlich auch nicht nach dem Geschmack der fremden Ausbeuter ist. Die japanische Landung ist ein Akt der Seeräuberei. Wir sind nicht geneigt, der japanischen Regierung irgendwelche Genugtuung zu gewähren. Rußland ist noch nicht so machtlos, daß es jeder fremden Macht gestatten müßte, sich einen Teil seines Landes zu sichern. Es wird mit allen Mitteln hiergegen ankämpfen und kann unterdessen nur auf das energischste gegen die unter dem Deckmantel geschickter diplomatischer Formen ausgeführten widerrechtlichen Pläne von Noulens Verwahrung einlegen. Ein Vertreter der französischen Regierung, der zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland beiträgt, kann im Gebiete der russischen Republik nicht geduldet werden. Die Regierung der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik drückt die Ueberzeugung aus, daß Herr Noulens unverzüglich von der französischen Regierung abberufen wird."

Gesteigerte Feuerkämpfe in Flandern

× Großes Hauptquartier, 4. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz

An den Schlachtfronten ist die Lage unverändert. Die Artillerietätigkeit war in vielen Abschnitten, namentlich auch während der Nacht, lebhaft. Im Kemmelgebiet und zu beiden Seiten der Avre steigerte sie sich heute morgen zu größerer Stärke. Ein englischer Teilangriff südöstlich von Arras wurde abgeschlagen.

Heeresgruppe Gallwitz

Vor Verdun lebte die Artillerietätigkeit auf.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Nach erfolglosen Erkundungsvorstößen des Feindes an der lothringischen Front blieb die Gefechtstätigkeit am Vormittage gering. Am Parroywalde und westlich von Blamont am Nachmittage von neuem aufflebender Feuerkampf ließ mit Einbruch der Dunkelheit nach.

Wir schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone ab. Leutnant Buckler errang seinen 33., Leutnant Puetter seinen 22. Luftsieg.

Osten

Finnland

Südwestfinnland ist vom Feinde befreit.

Deutsche Truppen im Verein mit finnländischen Bataillonen griffen den Feind zwischen Lahti und Tavastehus umfassend an und haben ihn in fünftägiger Schlacht trotz erbitterter Gegenwehr und verzweifelten Durchbruchsversuchen vernichtend geschlagen. Finnländische Kräfte verlegten ihm den Rückzug nach Norden.

Von allen Seiten umstellt, streckte der Feind nach schwersten blutigen Verlusten die Waffen. Wir machten 10000 Gefangene, 50 Geschütze, 200 Maschinengewehre, Tausende von Pferden und Fahrzeugen wurden erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 3. Mai. (Amtlich)

Eines unsrer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Neureuther, hat in der Irischen See und deren Zufahrtsstraßen mit gutem Erfolge gegen den Handelsverkehr unsrer Feinde gearbeitet. Fünf bewaffnete, zumeist tiefbeladene Dampfer und ein Segler fielen den Angriffen des Bootes zum Opfer. Die Ladungen der Dampfer bestanden vorwiegend aus Kohle. Ein Dampfer hatte Munition geladen; einer wurde aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen. Namentlich festgestellt wurde der bewaffnete englische Dampfer „Brakondale" (2093 Br.-R.-T.).

Im ganzen nach den neueingegangenen Meldungen der U-Boote versenkt: 20000 Br.-R.-T.

Der Dampfer „Prinz Eitel Friedrich" verbrannt

* Lugano, 4. Mai

Wie die „Agenzia americana" meldet, ist der Dampfer „Prinz Eitel Friedrich" in der Bucht von Sabanilla verbrannt. Man vermutet Brandstiftung der Mannschaft.

(Bei dem deutschen Dampfer, der anscheinend von seiner wackeren Mannschaft den Schiffsräubern des Vierverbandes entzogen worden ist, konnte es sich um das 1904 vom Stapel gelaufene Schiff des Norddeutschen Lloyds handeln, das 8797 Raumtonnen maß. Dieser Dampfer ist bekanntlich zu Beginn des Krieges als deutscher Hilfskreuzer armiert worden und nach Vernichtung von zehn feindlichen Schiffen im März 1915 in Newportnews auf seinen Antrag hin interniert worden. Es ist nichts davon bekannt, daß er nach der cubanischen Sabanillabucht überführt worden war.)

Die preußische Wahlrechtsfrage

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter

Berlin, 3. Mai

Trotz der unerwartet großen Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht ist in Regierungs- und Abgeordnetenkreisen die Hoffnung auf eine Verständigungsmöglichkeit in der dritten Lesung sogar noch gestiegen. Sie gründet sich nicht allein auf die bewährte Geschicklichkeit des Staatsministers Dr. Friedberg, die schroffsten Gegensätze auszugleichen und die schwierigsten Kompromisse zustande zu bringen. Sie beruht auch darauf, daß innerhalb der Mehrheit keine Siegesfreude, sondern eine recht gedrückte Stimmung herrscht. Man hat dort vorwiegend die Empfindung, einen Pyrrhussieg errungen zu haben. Das ist auch deutlich in den konservativen und freikonservativen Preßstimmen zum Ausdruck gekommen. Hinter den Kulissen haben denn auch bereits die Verhandlungen begonnen, die zunächst einmal feststellen sollen, welches Maß von „Sicherungen" gegen die Gefahren des gleichen Wahlrechts vom Standpunkte der bisherigen Gegner erforderlich wäre, um einen genügend großen Teil von ihnen in das andre Lager herüberzuziehen. Man rechnet so: 52 Stimmen Mehrheit haben sich in der zweiten Lesung ergeben. Es würde nun vollständig genügen, 27 davon für die Minderheit zu gewinnen, um diese in eine Mehrheit zu verwandeln. Hierauf wird gegenwärtig hingearbeitet, und man glaubt, daß das Kunststück am Ende doch gelingen wird.

Man will das Eisen schmieden, solange es noch heiß ist, und deshalb mit der dritten Lesung nicht bis nach Pfingsten warten, sondern sie bereits Ende nächster oder am Anfang der übernächsten Woche vornehmen. Das ist auch aus einem andern Grunde geboten. Da es sich um eine Aenderung der Verfassung handelt, muß noch eine vierte Lesung stattfinden, die erst 21 Tage nach der dritten beginnen darf. Demnach würde die Schlußabstimmung tatsächlich erst nach den Pfingstferien vorgenommen werden können. Dann hat noch das Herrenhaus zu sprechen, so daß ohnehin die Verabschiedung der drei Vorlagen über die Umgestaltung des preußischen Landtags sich bis tief in den Juli hinein erstrecken würde. Es wird also, auch wenn die Sache jetzt noch so sehr beschleunigt werden sollte, eine geraume Zeit währen, ehe alles erledigt sein wird.

Inzwischen geht die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause ruhig ihren weiteren Gang, nur hier und da unterbrochen durch einen Zwischenfall. So sorgte ein Hospitant der Konservativen, Abg. Heins, für Abwechslung durch einen Antrag, der die Polen und — Juden von der Wahlberechtigung ausschließen wollte. Zur Begründung hielt er eine wüste antisemitische Hetzrede, die aber auch die Linke nicht tragisch nahm, sondern auslachte. Im übrigen wurde sehr sachlich verhandelt und die Vorlage bis § 4 (Wahlpflicht) angenommen. Das Hauptinteresse richtet sich jetzt mehr auf die Verhandlungen hinter den Kulissen, als auf die im Saale.

Die neue Kreiseinteilung in Böhmen

× Wien, 3. Mai

Heute hat eine Besprechung der Obmänner der Parteien des Abgeordnetenhauses stattgefunden, der die Vertreter der tschechischen und südslawischen Klubs fernblieben. Der Ministerpräsident v. Seidler verwies darauf, daß er bereits vor mehr als dreiviertel Jahren nach Rücksprache mit allen Parteien die Frage der Verfassungsrevision auf der Grundlage der nationalen Autonomie auf die Tagesordnung der parlamentarischen Erörterung zu stellen versucht habe. Ein passives Verhalten gegen die Verfassungsrevision sei kaum mehr möglich. Der Ministerpräsident kündigte den baldigen Erlaß einer Verordnung des Gesamtministeriums an, die, da ja die Verhältnisse in Böhmen am meisten geklärt seien, die Ernennung von Kreishauptleuten in national abgegrenzten Sprengeln vorsehe und ihnen Befugnisse übertragen werde. Dies liege im Programm der Regierung hinsichtlich der nationalen Autonomie und könne schon auf Grund des bestehenden Gesetzes geschehen.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erklärte der Ministerpräsident: Angesichts der inneren schwierigen Wirtschafts- und Ernährungsverhältnisse müsse die Regierung sich in nächster Zeit frei von parlamentarischen Wirren bewegen können. Da dies aber bei Fortsetzung der Sitzungen zur Zeit ausgeschlossen sei, bitte er den Präsidenten, die nächste Sitzung noch hinauszuschieben, da andernfalls die Regierung das Parlament vorläufig vertagen müsse. An die Anwendung des § 14 denke die Regierung nicht.

Präsident Groß betonte, er könne unter den heutigen Verhältnissen bei dem Widerstande großer Parteien die Sitzungen nicht weiter verschieben. In der Aussprache erklärten sich die Vertreter aller Parteien gegen eine wenn auch nur vorübergehende Ausschaltung des Parlaments. Wie die Abendblätter melden, soll die Vertagung des Parlaments bis zum 18. Juni dauern.

*

Vertagung des Reichsrats

× Wien, 3. Mai

Der Kaiser hat den Ministerpräsidenten ermächtigt, den Reichsrat zu vertagen und zur Ermöglichung der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit sofort die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten. Auf Grund dieser kaiserlichen Ermächtigung hat das

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1918050501/1